

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Geschäftsinserte und Privatanzeigen kosten pro 3 gespaltene Kolonnen-Zeile oder deren Raum 2 A. Arbeitsmarkt und Stellen-Angebote pro Zeile 50 A.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Die Unternehmer und der Arbeitskammer-Gesetzentwurf.

Der abgeänderte Entwurf eines Arbeitskammergesetzes, den der Reichstag einer Kommission von 28 Mitgliedern zur Durchberatung überwiesen hat, ist zurzeit Gegenstand allseitiger Kritik. Zufrieden mit dem Entwurf sind eigentlich nur einige bürgerliche Sozialpolitiker, die in ihrer Freude über diesen „Meilenstein am Wege zum sozialen Frieden“ ganz vergessen, daß der Weg nach Utopia durch Meilensteine weder verschönt, noch abgekürzt wird. Die Gegner des Entwurfs zerfallen in zwei Gruppen: in solche, die die Grundlage des Entwurfs als gut anerkennen, aber Änderungen einzelner Bestimmungen wünschen, und solche, die den Entwurf als grundsätzlich verfehlt oder ungenügend bezeichnen. Zu ersteren gehören die christlichen und seit letzter Zeit auch die sächsische Dunderschen Gewerkschaften, und zu letzteren die freien Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände. Zweifellos würde die Gesellschaft, in der wir uns da befinden, Anlaß zu Bedenken geben, wenn nicht feststände, daß diese Gemeinschaft rein äußerlich ist und lediglich divergierender Auffassung über noch unerprobte Einrichtungen ihr zufälliges Dasein verdankt. Noch vor wenigen Jahren lagen die Dinge anders. Bis zum Gewerkschaftskongreß in Köln forderte die sozialdemokratische Partei laut Programm Arbeitskammern, und sie befand sich damit im Einklang mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Der Kölner Kongreß beschloß dann, an Stelle der paritätischen Arbeitskammern reine Interessvertretungen der Arbeiter, also Arbeiterkammern zu fordern. Umgekehrt hat sich dieselbe Wandlung bei den sächsische Dunderschen vollzogen. Diese forderten bis zum Jahre 1907 Arbeiterkammern und erst die im Januar 1908 neu ausgearbeiteten Leitsätze enthalten die Forderungen nach Arbeitskammern. Umso lächerlicher ist es, wenn jetzt die sächsische Dunderschen Blätter von einer „Gefinnungsverwandtschaft“ zwischen freien Gewerkschaften und Arbeitgebern fabeln und über die „Koalition der Scharfmacher von rechts und links“ tief sinnige Betrachtungen anstellen. Die Zukunft wird ja lehren, wer recht hat.

Von den Arbeitgeberverbänden hat der Bund der Industriellen, der die Scharfmacherei um eine Nuance milder betreibt wie der Zentralverband, am 23. Januar in einer Delegiertenversammlung zu dem Entwurf erneut Stellung genommen. Der Berichterstatter Dr. Krüger-Berlin bezeichnete es als einen großen Fehler, daß die Regierung „Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die gewünschten sozialpolitischen Bahnen drängen wolle“. Die Animosität des Parlaments gegen die Industrie sei auf den Ton zurückzuführen, den der Zentralverband deutscher Industrieller anschlägt. Sehr richtig sei im Bund darauf hingewiesen worden, daß der Zentralverband stets zu sehr den Herrenstandpunkt setze und zum Schaden der Industrie zu allen Vorlagen der Regierung einen fast immer ablehnenden Standpunkt einnehme. — Demnach macht der Ton des Zentralverbandes die sozialpolitische Musik und der Bund spielt die Rolle des armen Peter, der an den Nägeln faul, weil er nicht mittanzu darf. Ueberdies haben wir von einer Animosität des Parlaments gegen die Industrie nichts gemerkt; wenngleich sie nicht ganz so verhältlich wird wie die Landwirtschaft, wird sie doch noch hundertmal besser behandelt wie das Äschenbrödel Arbeiterschaft. Ueberdies berührt es eigentümlich, daß der Berichterstatter sich darüber beklagt, daß der Zentralverband die Vorlagen der Regierung immer ablehne, und in gleichem Atem schlägt er eine Resolution vor, die den Arbeitskammergesetzentwurf der Regierung glatt verwirft.

Noch schärfer wie Dr. Krüger ging Dr. Wendlandt gegen den Entwurf vor. Nachdem er den ewigen Refrain von der Ueberlastung der Industrie durch sozialpolitische Gesetze abgesehen, unterbreitete er folgende Vorschläge zur Abwehr des Entwurfs:

1. Der Boykott, d. h. kein Arbeitgeber läßt sich in die Arbeitskammer wählen.
2. Der passive Widerstand, d. h. man läßt sich wählen, nimmt aber nicht an den Sitzungen teil.
3. Man veranlaßt den Deutschen Handelstag, gemeinsam mit allen deutschen Industrievertretungen eine Kundgebung gegen den Gesetzentwurf zu veranstalten.

Man muß sagen: die Herren haben Courage! Sogar den so oft geschmähten Boykott wollen sie zu Hilfe nehmen, um den Entwurf der Regierung, auf den sich doch v. Bethmann-Hollweg so viel einbildet, zu Fall zu bringen.

Einen verführerischen Ton schlug Herr Fabrikbesitzer Friedrichs an. Er erklärte offen, daß er sich mit den bisherigen Ausführungen nicht befreunden könne. Er halte den Kostenpunkt nicht für maßgebend, glaube sogar, daß die Kosten aus dem Arbeitskammergesetze ganz gut tragbar seien. Er sei auch nicht in der Lage, die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit im Sinne des Gesetzentwurfs zu verneinen. Seiner Meinung nach haben die Gewerbegerichte durchaus dem sozialen Frieden gedient. Ebenso

hätten die Versicherungsgesetze sich nützlich erwiesen. Seiner Meinung nach müsse es die vornehmste Aufgabe sein, eine Veröhnung mit den Arbeitermassen zu versuchen, die ablehnende Haltung dem Entwurf gegenüber sei zu bedauern.

In gleichem Sinne sprach ein Vertreter des Schokoladenfabrikanten-Verbandes. Er erklärte, daß der Herrenstandpunkt des Zentralverbandes deutscher Industrieller der Industrie geschadet habe und daß die Ausfuhr trotz der sozialen Lasten nicht zurückgegangen sei, sondern einen glänzenden Aufschwung genommen habe. Die Syndikate seien eine viel größere Gefahr für die inländische Industrie, weil sie dem Auslande Rohstoffe zu billigen Preisen lieferten, wie den Inlandskonsumenten. Auch die „Arbeitgeberzeitung“ wirke verheerend und störe den Frieden zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er sei für das Arbeitskammergesetz, sowie für eine rechtliche Regelung des Tarifvertragswesens.

Ein anderer Redner, Dr. Schneider, meinte, die Arbeitgeber seien heute schon gezwungen, Sitzungen aller Art beizuwohnen, so daß viele keine Zeit mehr hätten, an etwaigen Sitzungen der Arbeitskammer teilzunehmen. Darin liege die Gefahr, daß nicht genügend geeignete Vertreter der Arbeitgebererschaft zu beschaffen seien und dadurch die Sache der Arbeitgeber in den Arbeitskammern ins Hintertreffen gerate.

Dann kam Herr Fiebelkorn, Geschäftsführer des Verbandes der Tonindustriellen, zum Wort. Der gute Mann ist unsern Lesern bekannt, es ist deshalb fast überflüssig, zu versichern, daß die rüchständigen Hiegeleibhaber in ihm durchaus den richtigen Vertreter haben. Von keines sozialpolitischen Gedankens Blässe angekränkt, mit übermäßiger Sachkenntnis nicht beschwert, dazu von robuster Gesundheit und gut besoldet, ist er nach besten Kräften bemüht, sein Scheitern herbeizuführen, wenn es gilt, die Vernunft zu verbrennen. Er war der einzige Redner, der die Politik des Zentralverbandes verteidigte. Der Zentralverband sei das einzige Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, die Vertretung des Herrenstandpunkts sei gut und richtig, die Unerschütterlichkeit der Massen werde zunehmen, undeshalbe aller sozialpolitischen Einrichtungen; Tarifverträge seien schädlich, die Arbeitskammern kosteten viel Geld — das sind so einige Gedankenblitze des Herrn Fiebelkorn. Sehr ernst hat man seinen Erguß sicher nicht genommen.

Dr. Stresemann riet von Resolutionen ab, weil sie doch nicht gelesen würden; dagegen sei zu empfehlen, eine Abordnung des Bundes zu wählen, die mit den Reichstagsabgeordneten persönlich Fühlung nehmen soll. Recht welt-fremd war die Ansicht Stresemanns, daß die Gründung von Arbeiterkammern die verschiedenen Arbeitgebervereine veranlassen könnte, ein förmliches Wettrennen um die Gunst der Arbeiter zu veranstalten, indem diese Vereine sich mit Vorschlägen für die bessere Gestaltung der sozialen Verhältnisse des Arbeiters förmlich zu überbieten suchen. — Das klingt fast wie ein verfrühter Aprilscherz. Wenigstens ist bis jetzt derartiges noch nicht vorgekommen und es dürfte auch in Zukunft eher ein Holländer Käse als Flugmaschine benutzt werden, ehe die Arbeitgeberverbände für bessere Gestaltung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter eintreten. Da Herr Stresemann Angestellter eines Arbeitgeberverbandes ist, wird er das auch wohl wissen. Stresemann meinte schließlich, der Kampf gegen die Arbeitskammern sei nutzlos, es handle sich nur noch darum, ihrem Wirkungsbereich zu begrenzen; namentlich dürften sie nicht als Einigungssamt fungieren. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die sich gegen die Form des Entwurfs richtet, den Kammern erprobliche Wirksamkeit abspricht und am Schluß fordert, daß „die Zuständigkeit gesetzlicher Vertretungen der Arbeiter nicht über den Rahmen einer in der Hauptsache beratenden und zur Abgabe von Gutachten berufenen Kammer hinausgehen dürfe.“

Weiter wurde ein Ausschuß gewählt, der „im Sinne der Resolution tätig zu sein und eine Aussprache zwischen Industriellen und Reichstagsabgeordneten herbeizuführen hat.“

Nicht Tage nach dem Bunde hielt der Zentralverband deutscher Industrieller seine Delegiertenversammlung in Berlin ab. Nachdem eine Beratung über das Wasserstrafengesetz vorangegangen, wurde die Novelle zur Gewerbeordnung verabschiedet. In einer Resolution wurde „gegen die überstürzte Beschlußfassung über die Sondergewerbenovelle am 28. Dezember“ Verwahrung eingelegt. (Die Beschlußfassung mußte bekanntlich vor Ablauf des Jahres erfolgen, weil das Reich durch die Beschlässe der Berner Konvention gezwungen war, die einzigen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen bis 31. Dezember 1908 einzuführen. Red. d. „Prol.“) Ferner wurde verlangt und in der angenommenen Resolution ausdrücklich festgelegt, daß der Fortbildungsschulunterricht für Arbeiterinnen außer-

halb der Arbeitszeit stattfinden solle. Kommen die Scharfmacher mit dieser Forderung durch, so ist die ganze Bestimmung der Novelle, daß Arbeiterinnen bis 18 Jahren die Fortbildungsschule besuchen müssen, für die Katz, denn nach 10zehnstündiger Fabrikron kann vom Lernen keine Rede mehr sein.

In der Debatte produzierte f. sommerzientrat Vogel-Chemnik als Fiebelkorn II. Er meinte:

„Es gibt keine Industrie in der Welt, die opferwilliger ist, als die deutsche Industrie in den letzten 35 Jahren gewesen ist (Stürm. Beifall), und es gibt keine Regierung, die weniger Entgegenkommen gegenüber der Industrie zeigte, wie die deutsche. (Stürmischer Beifall.) Es gibt kein Parlament, das rücksichtsloser gegen Handel und Industrie verfährt, wie das Parlament des Deutschen Reiches. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Wenn man bei jeder andern Dumperlei Enquêtes anstellt und bei einer so tief einschneidenden Frage die beteiligten Kreise nicht einmal hört, so ist das eine Nichtachtung der Industrie ohne gleichen. (Lebh. Beifall.) Ich weiß, daß man mit unfer Reichstag nichts machen kann (Spitterlein); deshalb aber müssen wir uns noch energischer zusammenschließen.“

Nach dieser Glanzleistung wurde die oben skizzierte Resolution einstimmig angenommen. Es folgte dann das Referat des Generalsekretärs Bueck über den Arbeitskammergesetzentwurf. Bueck machte scharf gegen die Sozialdemokratie, bemängelte, daß der Entwurf die Wahl von Parteisekretären in die Kammern zulasse (?), sprach von verbrecherischen Zielen der Arbeiter und schloß seine Philippika mit dem schwülstigen Satz:

„Da wir die Ueberzeugung haben, daß das Gesetz nachteilige Folgen für die Industrie, für die Gesamtheit des Volks und für das Staatswohl hat, lege ich Ihnen im Auftrage des Direktoriums eine Resolution vor, die sich entschieden gegen das Gesetz ausspricht.“

Es ist immerhin etwas, daß Bueck die Industrie zuerst genannt hat, in der Regel wirds umgekehrt gemacht. Eine Reihe weiterer Redner sprachen im Sinne Buecks; Widerspruch wurde in der illustren Versammlung nicht laut. Es folgte dann die einstimmige Annahme einer langen Resolution, die sich gegen die paritätischen Arbeitskammern wendet, weil diese den wirtschaftlichen Frieden nicht fördern würden. Es heißt in der Resolution unter anderem:

„Aus dem Verlauf der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag geht hervor, daß seitens des leider immer noch maßgebenden Teils der Arbeiter der gute Wille, den Frieden zu pflegen und den Ausgleich zu fördern, gänzlich fehlt und, bei der Stellungnahme der Führer dieses Teils der Arbeiterschaft, dauernd fehlen wird. Der grundsätzliche Kampf gegen die heutige Produktions-, Gesellschafts- und Staatsordnung wird deshalb auch in die Arbeitskammern getragen werden. Damit wird die Errichtung dieser Organe, im Gegensatz zu der Absicht der Gesetzgeber, lediglich zur Verhäufung des Gegensatzes zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern führen.“

Die Verammlung nimmt entschieden Stellung auch gegen den neuen Gesetzentwurf, dessen Annahme und Durchführung eine schwere Gefährdung und Schädigung des deutschen Gewerbes und besonders der deutschen Industrie zur Folge haben wird.“

Die Redensart vom guten Willen, den Frieden zu pflegen, nimmt sich besonders gut aus bei den Oberscharfmachern des Zentralverbandes, die grundsätzlich dem Arbeiter die wirtschaftliche Gleichberechtigung abprechen und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter nicht anerkennen, dabei aber selber vom Koalitionsrecht den weitgehendsten Gebrauch machen. Eine Organisation, die sich von ihren eigenen Verbändeten sagen lassen muß, daß ihr brutaler Herrenstandpunkt der Industrie schade, hat wirklich Anlaß, sich mit dem Balken im eigenen Auge zu befassen.

Von sonstigen Kundgebungen der Arbeitgeber erwähnen wir noch eine Resolution des Verbandes der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk, in dem namentlich die chemische Industrie stark vertreten ist. Die Resolution erklärt sich gegen die Arbeitskammern, enthält aber weiter den folgenden, in zwiefacher Hinsicht bemerkenswerten Passus:

„Will die Reichsregierung im Anschluß an die kaiserliche Botschaft vom 4. Februar 1890, deren Voraussetzungen übrigens durch die seitdem beständig gewachsene mächtige Arbeiterbewegung längst überholt sind, eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter ins Leben rufen, so mag sie einen Gesetzentwurf einbringen, der reine Arbeiterkammern organisiert; sie wird aber hierbei darauf bedacht sein müssen, diejenigen gesetzlichen Beschränkungen einzuhalten, welche durch die Rücksicht auf die Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erfordert werden.“

Damit gibt der Arbeitgeberverband zu, daß erstens die Arbeiterbewegung mächtig ist und daß zweitens diese Arbeiterbewegung die Interessen der Arbeiter allseitig vertritt. Es ist gut, das hier festzuhalten, weil die Unternehmerverbände, wenn es ihnen wieder einmal anders paßt, das Gegenteil behaupten. Zugleich markiert der Verband den Einsichtigen, indem er Arbeiterkammern empfiehlt, hängt dieser Empfehlung jedoch in echt kapitalistischer Vorhüt einen Schwanz an, der deutlich genug sagt: Gar nichts tun ist besser!

Die „Arbeitgeberzeitung“ meldet, daß auch der Verband landwirtschaftlicher Arbeitgeber für Schleswig-Holstein eine Protestresolution beschlossen hat. Was den die Angelegenheit angeht, wissen die Böller, da der Entwurf die landwirtschaftlichen Arbeiter — leider — garnicht einbezieht. Wahrscheinlich ist es Latendanz, der sich in Ermangelung einer Organisation der Landarbeiter, an der er sich erproben könnte, in Sachen mißt, die ihn nichts angehen.

Unfugen wollen wir der vorstehenden Blütenlese noch die spezielle Weisheit einiger Unternehmerblätter, die zu unsern besondern „Freunden“ zählen.

Das „Wochenblatt für Papierfabrikation“ schreibt:

„Der Entwurf eines Arbeitsamtergesetzes ist dem Reichstage wiederum zugegangen, und zwar in verhältnismäßig unveränderter Form. Wo sich Abänderungen finden, sind diese teilweise ganz unabweisbar als Verschlimmerungen im Sinne demagogischer Verheerung der breiten Arbeitermassen zu betrachten. Geblieben ist der tönende Phrasenswall in den einleitenden Paragraphen, die die Aufgaben der Arbeitsämtern behandeln.“

Das hat die Regierung aber wirklich nicht verdient. In demselben Augenblick, wo des Reiches gesundheitsgeschädlichter Kanxler Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter ankündigt und Sparfamkeit bei sozialpolitischen Gesetzen predigt, wird der Regierung demagogische Verheerung breiter Arbeitermassen vorgeworfen. Das ist wirklich bitter! Zum Schluß hat Herr Dilg, der Verfasser des betreffenden Artikels, dann noch einen akzeptablen Vorschlag: er fordert Einbeziehung der staatlichen Betriebe, sowie der Landwirtschaft in den Entwurf. Selbstverständlich nicht um der Arbeiter willen, sondern damit die böse Regierung einmal an eigenen Leibe spüre, wie sehr die sozialpolitischen Lasten drücken. In der Forderung selbst begehren wir uns mit Herrn Dilg, — unsere Gründe sind allerdings andre.

Die „Gummizeitung“ widmet dem Entwurf auch einen Artikel. Sie währt damit ihren alten Klaf, sozialpolitische Fragen so rätselhaflich und einschüchtern zu behandeln, wie das nur immer möglich ist. Nach der „G.-Z.“ ist der Entwurf abzulehnen, weil er neben der Wahrung der gemeinsamen gewerblichen Interessen noch die besonderen Interessen der Arbeitnehmer wahren soll. Das letztere soll gestrichen werden. Die Arbeitsämtern sollen eine Hebertragung des Handwerksamtergesetzes auf die übrigen Gewerbezweige sein und nur die gemeinsamen Interessen regeln, als da sind: Regelung des Lehrjahrs, Unterstützung der Behörden bei Förderung des Gewerbes, Bildung von Ausschüssen für Lehrlinge, Vorarbeiter, Werkmeister, Akkordführer usw.

Wielleicht ist der Artikelshreiber der „G.-Z.“ uns dankbar, wenn wir ihm eine Ergänzung seines Programms insofern vorschlagen, daß den Arbeitsämtern auch noch die Aufgabe zufällt, Lohnabzüge vorzubereiten, Koalitionen der Arbeiter zu verhindern, Ausnahmegesetze auszuarbeiten, schwarze Listen zu führen, für Durchführung reaktionärer Kandidaten bei Wahlen zu sorgen usw. Wenn schon, denn schon!

Recht kategorisch heißt es dann weiter: „Eine Erweiterung dieser Aufgaben der Arbeitsämtern auf die Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer ist grundsätzlich abzulehnen.“ (Auch in der „G.-Z.“ fett gedruckt. A.) Weiter wird damit gedrückt, daß das Gesetz, wenn es eingeführt würde, doch nur auf dem Papier stehen würde, weil die Unternehmer jede Mitwirkung an seiner Ausführung ablehnen würden. Jeder müsse seine eigenen Interessen vertreten und die Arbeiter „bei ihrem ausgeprägten Standes- und Solidaritätsgefühl“ (Auch das gerade die „G.-Z.“ immer so schimpft. D. A.) würden sich's verhalten, ihre Interessen vor Arbeitgebern vertreten zu lassen. Dann folgt ein Schlusssatz, den wir in letzter Zeit wiederholt in der Schwarzweisspresse gefunden haben: die Erkenntnis nämlich, daß die wirtschaftlichen Kämpfe nicht „von Agitatoren angezettelt“ werden, sondern durchaus natürliche Folgen unres Produktivsystems sind. Es heißt darüber in dem Artikel:

„Der sich der sozialen Unruhen hingibt, daß Arbeitsämtern ein Mittel sein können, wirtschaftliche Kämpfe zum friedlichen Austrag zu bringen, der bekannt eben die Entstehungsursache und das Ziel des wirtschaftlichen Kampfes sind. Solange es aber Hauptursache des Kampfes auf Erden gibt, werden wirtschaftliche Streitigkeiten nicht zuwege sein, die nie anders als mit den zweckdienlichsten Mitteln zu führen sind.“

Das ist zwar richtig konfus ausgedrückt, birgt aber doch das Zugeständnis, daß die Kämpfe nicht das „Produkt gewerkschaftlicher Degenerat“ sind, als das sie von der „G.-Z.“ immer hingestellt werden. Hoffentlich geht dem Unternehmerblatt diese Erkenntnis nicht gar zu hoch wieder verloren. In die Forderung nach Arbeiterkammern statt Arbeitsämtern kommt das Wort also nicht ein — Arbeitsämtern zur Wahrung der Unternehmerinteressen sind allerdings besser. Daß auch sonst niemand im Unternehmerlager auf diesen jetztigen Gedanken gekommen ist!

Angesichts der einseitigen Ablehnung des Entwurfs durch die Unternehmerstände wird die Frage brennend: Wie sollen die Arbeiterinteressen stimmen, wenn die parlamentarische Route — als Grundzüge des Entwurfs beibehalten wird? Wir sind der Meinung, daß die frühe Ablehnung nicht am Wege ist. Gelänge es, den Entwurf in der Kommission oder früher im Plenum zu verbessern, kann die sachliche durch parlamentarische Abgrenzung erreicht, das aktive und passive Wahlrecht herabgesetzt, die Verantwortlichkeit erweitert und der bürokratische Verwaltungssystem vereinfacht werden, so sollte die Forderung nach einem Arbeiterkammern kein Unlag sein, den Entwurf grundsätzlich zu verworfen. Jedenfalls müssen die freien Gewerkschaften die von der „Arbeitgeberzeitung“ in Aussicht genommene Bundesgenossenschaft zur Bekämpfung des Entwurfs aufgeben ablehnen.

### Aus dem Reichstage.

Nach Ablauf von drei Tagen haben am 4. Februar die Beratungen des Reichstages beim Etat des Jahres 1900 begonnen. Die Fortsetzung des Beschlusses und der einzelnen Kapitel des Haushalts des Jahres zur Veranschaulichung.

Inbes, darüber redet niemand. Vielmehr bringen die Parteien in Form von Anträgen ihre Wünsche und Forderungen ein und äußern ihre Anschauungen über den Gang der Sozialpolitik. Es geschah wie im vorhergehenden Jahre waren die Anträge in diesem Jahre nicht. Die Ausschüsse durch die Reichsregierung sind im unangenehmen Verhältnis zur Zahl der angenommenen Anträge. Das wird ein Eindeutigkeit auf die Erzeugung von Anträgen. Die unangenehme Verordnung des Bundesrats über den Schutz der Arbeiter in der Schwerindustrie hat sowohl das Zentrum, als auch die Sozialdemokratische Fraktion wieder den Erlaß eines Vergessels für Reich und einer Verordnung zum Schutze der in Glasfabriken beschäftigten Arbeiter. Neben seinem Antrag zum Schutze der Arbeiter in der Schwerindustrie hat das Zentrum folgende Anträge eingebracht: Einführung der Verhältnismäßigkeit bei der Krankenterrichtung; Beschränkung der Verhältnismäßigkeit mit einer Versicherung irgend einer Art zu verknüpfen; Umerstellung des Handels mit Flaschenbier unter die Konzeptionspflicht; Verlegung einer Novelle zum Patentrecht, nach welchem Inhabern von reinen Holzwerken, Eisen- und Stahlgeräten, Martin-Stahlwerken und Walzwerken bei der Kupfer ihrer Erzeugnisse Einfuhrschleusen zum zollfreien Bezug des Einfuhrmaterials für die Einfuhrproduktion verliehen werden können. Die Wirtschaftliche Vereinigung will Mißstände auf dem Gebiete des gewerblichen Kunsthandwerks beseitigt wissen und die früheren Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes über Aufsammlung eines Reservefonds wiederhergestellt haben. Die Freisinnigen wollen ein Theatergesetz zum Schutze der Schauspieler und des andern Theaterpersonals. Die Nationalliberalen endlich fordern, daß zum Ausbau des „Deutschen Handwerkerbundes“ ein jährlicher Reichszuschuß vorgezogen werde.

In den Reden bilden die Fragen nach dem Schicksal früher angenommenen Anträge neben Begründung der nun eingebrachten das hervorhebende Merkmal. Aus den Reden der Blockredner, selbst aus der Rede Trimboms klingt eine gewisse Zufriedenheit mit dem Gang in der Sozialpolitik durch Herrn Pauli von den Konstantinern geht es wie immer, so auch dieses Mal wieder zu rath. Dabei haben Reichsanwalt und Blockredner vor der Wahl 1907 eine außerordentlich ergiebige Sozialpolitik versprochen. Die Berichtigungen aber den tatsächlichen sozialpolitischen Ertrag um ein Bedeutendes. In der Sozialpolitik gilt immer noch das Wort des Grafen Posadowski, daß seit dem Jahre 1892 den Arbeitgebern größere Lasten nicht auferlegt worden sind. Deutlicher ausgedrückt heißt das: Seit dieser Zeit steht die Entwicklung des Arbeiterrechtes und des Arbeitergesetzes auf dem toten Punkt. Dabei hat die deutsche Sozialdemokratie in den letzten 10 Jahren eine herausragende Entwicklung durchgemacht, und die Anforderungen an Leben und Gesundheit der Arbeiter sind fortgesetzt gestiegen. Die steigenden Kosten der Unfälle, die Krankensysteme erhöhen die Notwendigkeit größeren Schutzes; die gesteigerte Produktion, die Zunahme des Geldumlaufes, die Mehrung der Konkurrenz geben den Anlaß, daß die Industrie in der Lage ist, diesen Arbeiterschutz zu tragen. Gleichwohl Stillstand, günstigenfalls ein Fortwärtstreiben im Schwindtempo.

Der sozialdemokratische Redner, Genosse Hoff, führte den Nachweis, daß die bürgerliche Sozialpolitik vollständig da versagt, wenn der Arbeiter dringender Hilfe bedarf, nämlich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen; da ist er nur auf die Hilfe seiner Organisation angewiesen. Im übrigen behandelte der Genosse Hoff die Forderungen der einzelnen Arbeiterkategorien und unterstrich nachdrücklich die Forderungen, welche auf der Konferenz der Einzelarbeiter im Jahre 1906 gestellt worden sind. An der Drangsalierung der Organisationen, an der Fälligkeit der „Gelben“ durch die Unternehmer konnte Hoff die wahren Absichten der Unternehmer zeigen. Aus der Ankündigung eines eventuellen Ausnahmegesetzes durch den Reichskanzler im preussischen Landtage luge das wahre Gesicht der preussisch-deutschen Politik heraus. Wenn sie sich nicht durchsetzen kann, so ist dies das Verdienst der Arbeiter, die trotz alledem Subjekt der Gesetzgebung sind, obwohl andre sie für ein Objekt der Gesetzgebung — im schlimmsten Sinne — halten wollten.

Am 5. Februar kam der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zum Wort. Den eifernen Fleiß, den er zeigt und mit welchem er sich in sein schmerzliches Respekt eingearbeitet, in allen Ehren, aber die Art, wie er sich über den Stranz sozialpolitischer Wünsche aus der alljährlich geworden und der Regierung überreicht wird, läßt nicht schließen, daß er mit besonderem Eifer die Forderungen der zu schützenden Arbeiter fördern wird. Dieser Teil seiner Ausführungen läßt günstigenfalls die Schlagfolgerung für den hohen Herrn zu: er möchte gern und darf nicht. Die kleine, aber einflussreiche Gruppe der Großindustriellen, deren „geringe Vertretung“ im Reichstage er bedauert, läßt's nicht zu. Die Unterstützung für den Ausbau des „Handwerkerbundes“ wurde zugelegt. Bei Verhandlung der Verordnung zum Schutze der Arbeiter in der Schwerindustrie einschließlich dem Staatssekretär das Geständnis, daß man mit den Verordnungen über des Durchschnitts-Niveau nicht hinausgehen dürfe; das heißt, die Gesetzgebung läßt es bei dem bewenden, was einschüchtern die Betriebsleiter aus sich heraus, oder gebracht durch die Organisationen, den Arbeitern schon gemährt. Und außerdem führte der Herr Staatssekretär an, daß die Weiter der großen Betriebe über deren innere Verhältnisse gar nicht unterrichtet sind. Die Verordnung mit der Regierung der Arbeitszeit soll erst Aufschluß bringen. Deshalb sollen denn diese Vertreter der Großindustrie noch zeitlicher im Reichstage vertreten sein, als es ohnedies der Fall, wenn sie über Ueberstunden und dergleichen nicht orientiert sind?

Bezüglich des vom Zentrum und den Nationalliberalen verlangten Gesetzes über die Regelung der Tarifverträge will der Staatssekretär mit Recht Zurückhaltung wahren lassen. Wir haben zu einer solchen Regelung nicht zu drängen, sondern können mit Ruhe weitere Erfahrungen abwarten. Die Reform der Krankenversicherung wird die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, auf Gehilfen und unselbständige Arbeiter bringen. Das Krankenversicherungsgesetz in den Ortskrankenkassen soll zur Förderung der Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Die Betriebskrankenkassen und das Knappschaftswesen sollen unberührt bleiben. Das ist eine Kennzeichen an die Großindustrie, der eine weitere in der Verwaltung des Kaffeewesens folgen soll: die Beiträge sollen halbiert, den Unternehmern die gleichen Rechte eingeräumt werden wie den Arbeitern, der Beiträge soll gewährt und das Proportionalverfahren eingeführt werden. Diese Änderungen sind von unten propagiert worden, welche immer mit der Behauptung treiben gehen, in den Ortskrankenkassen herrschen erge Mißstände. Nachdem aber selbst die Ausschüsse des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände angenommen hat, daß diese Angriffe unbegründet und daher eine diesbezügliche Änderung des Krankenversicherungsgesetzes nicht angebracht ist, dürfte man erwarten, daß auch die Regierung eine Einschränkung des Verwaltungsrechtes der Arbeiter unterläßt. Die Enttarnung dieser Erwartung kann der Regierung Anerkennung bei den Arbeitern nicht einbringen.

Dann ist eine Vereinfachung der Versicherungsgesetze geplant. Der Entwurf enthält 1700 Paragraphen, und die erlautenden Ausführungen des Staatssekretärs lassen den Schluß, daß man mit Begeisterung auf die Erfüllung dieser Forderung der Arbeiter eingegangen ist, nicht zu. Schwere Sorge macht der Regierung die Veranschaulichung der Zahlen und Wägen. Die der Trimbom schwebt wie ein dunkler Berg am Himmel. Die der Staatssekretär, die Wägen- und Wägenverteilung, deren Kosten nach Angaben des Zentrums aus dem Nettoertrag der Zölle für Roggen, Weizen, Mühlweizen, Schmalz, Schweinefleisch, Schweinejod, Mehl, soweit diese der Aufhebung der Jahre 1898—1903, pro Kopf der Bevölkerung berechnet, abgezogen, betragen werden sollten, soll im Januar 1910 in Kraft treten. Er war Zweck dieses Beschlusses, die künftigen

Arbeiter mit dem agrarischen Netze von 1902 zu verbinden. Man stellt sich allerlei heraus: 1. daß der Antrag zur bestimmten Zeit nicht realisiert werden kann; 2. daß die Beiträge zur Deckung der Kosten nicht ausreichen.

Das Zentrum aber hat damals Versicherungsausgaben der Krankenkassen zugeführt, welche die Ausgaben für die Wägen- und Wägenverteilung verringerten. Gleichwohl stellte es den Wägenwerken und Wägenwerken in Aussicht, daß Beiträge von ihnen zu dieser Versicherung nicht erhoben werden sollten. Man wird es begreifen, daß das ganze Wägenwerk nicht weiter war, als die Arbeiter über die ungeheure Belastung zu beschwichtigen. Und Herr Trimbom muß heute den Spott und die Ironie des Staatssekretärs in Empfang nehmen. Der Herr Staatssekretär beliebte den Unkräften zu spielen, weil Hoff sich gegen Ausnahmegesetze gewandt hatte. Es sei angedeutet ein Paradebild der Sozialdemokratie, von Entschüttung und Unterdrückung der Organisationen zu reden und zu schreiben. Im Landtage hat aber der Reichskanzler Kundgebungen in Aussicht gestellt. Das geschah in ganz programmatisch gehaltenem Vortrage. Im Reichstag befreit sein Stellvertreter ebenfalls in programmatischer Weise diese Mißstände. Wer hat nun die wahren Absichten der Regierung offenbart?

### Aus der Papierindustrie.

#### + Aktion, Papierarbeiter!

Streik in Finnland. Die finnischen Papierarbeiter haben noch immer im Streik, weil die Unternehmer statt der bisherigen fünfständigen die zehnständige Schicht wieder einführen wollen. Die Unternehmer Finnlands suchen in Deutschland, vermuthlich im „Wochenblatt für Papierfabrikation“, Streikbrecher nach Finnland. Bisher haben sie nur für einen Betrieb in Bäckala welche bekommen, die aber wieder entlassen wurden, weil ihre Arbeit unbrauchbar war. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Arbeits-Höhe in den finnischen Fabriken von der in Deutschland wesentlich abweicht, deutsche Papierarbeiter dort also ohne Anleistung wenig leisten können. Wir warnen also jeden Papierarbeiter, sich nach Finnland locken zu lassen, es wäre eine Schmach, wenn deutsche Streikbrecher unsern finnischen Brüdern den Kampf erschweren würden. Hoch die Solidarität!

#### + Das Prämienystem in der Papierindustrie.

Die Papierfabriken in Deutschland haben es verstanden, sich ein System der Lohnberechnung herauszufinden, wie es gleich rationisiert in keinem andern Betriebszweige zu finden ist — wir meinen das Prämienystem. Gewiß gibt es Prämienysteme auch in andern Betrieben, aber in den meisten Papierfabriken gibt es nicht ein solches System, sondern eine ganze Reihe verschiedener Prämienlaiken da neben- und durcheinander. Die Unternehmer fähren sich dabei sehr wohl, die Arbeiter aber werden überfordert und vor allem werden sie durch die verschiedenartigsten Systeme untereinander entweit. Es ist keine Frage: das Prämienystem ist ein Heimgnais für die Organisation!

Die Vorläufer des Prämienwesens finden wir in den über Jahren des vorigen Jahrhunderts. Als die Einführung schneller laufender Maschinen größeren Verschleiß an Ritzeln und Sieben zur Folge hatte, wurden den Maschinenführern Prämien versprochen, wenn die Materialien eine bestimmte längere Laufdauer erreichten. Die Sucht nach der Prämie, wie auch das Bestreben, Lohn im Lorde zu werden, hatten natürlich äußerste Aufmerksamkeit des Maschinenführers zur Folge.

Wald hatten die Unternehmer herausgefunden, daß dieses System nicht nur auf das Material, sondern auf die ganze Produktionsweise ausgedehnt werden könne. Der Anfang damit wurde an den Papiermaschinen gemacht, später kamen die Holländer, Kalandere und Durchschneider an die Reihe, und heute hat sich diese Suche in manchen Fabriken bis zu den Tagelöhnern verpflanzt. Wurde im Anfang bei dem Papiermaschinenpersonal die Prämie noch halbwegs auf reeller Basis eingeführt, indem dieselbe außerhalb der gewöhnlichen Lohnskala stand, also sozusagen für die weitere vorliegende Leistung die Bezahlung bedeutete, so waren die Fabrikanten bald der Meinung, daß da zuviel verdient werden könnte, und sie begannen damit, den Lohn herabzusetzen unter Hinweis auf die Prämie.

Was nun seither auf diesem Gebiete geleistet wurde und noch wird, ist so ziemlich das höchste, was auf dem Felde kapitalistischer Ausbeutung je gemachten ist. Als Schreiber dieses in seiner Jugend an einer Papierfabrik Thüringens arbeitete, tauchte der Plan erstmalig auf. Die Prämie sollte laut Vorbericht am 1. jeden Monats ausgezahlt werden, statt dessen kam dieselbe immer erst am Ende des Monats heraus. Es ging obendrein jedesmal ein Strafen durch die ganze Fabrik, wenn der geforderte Herr Betriebsleiter mit seinem Prämienmaterial angetraut kam. Denn dieser Mann war ein Genie im Rechnen und vor allem im Strafen. Wenn er seine Arsen aufmachte, erfuhren die Arbeiter oft, daß sie um die Hälfte ihres sauren verdienten Lohnes geprivelt waren. Da waren Strafen von einer bis 2 und 3 Mark verzeichnet, von denen der Arbeiter nicht einmal wußte, wie er dazu gekommen war. War vom Sonnabendmorgen bis Sonntagmittag gearbeitet worden, also 18 Stunden lang, so mußte Montags um 4 Uhr morgens wieder angefangen werden; wer fünf Minuten zu spät kam, dem blühten 50 Pf. Strafe. Wollte sich jemand darüber, so ließ es, die Prämie sei nur eine freiwillige Gabe und die Strafen seien ein Ansporn zu besserem Auspassen. Noch toller trieb es die Heidentauer Papierfabrik unter dem unheimlichen Herrn Hartan und Direktor Holz. Hier wurde die Prämie nur zu Hälfte ausgezahlt, die andere Hälfte gab es erst zu Weihnachten. Während dieser Zeit ging, hatte keinen Anspruch auf die Prämie, die Strafen jedoch wurden prompt abgezogen. Die Papierfabrik Pauen im Vogtlande zahlte nur an die Maschinenführer die Prämie; hier wußten sozusagen die Gehilfen den Lohn des Maschinenführers mit verdienen, weil derselbe, wenn er was verdienen will, den Unternehmer in jeder Beziehung machen muß; die Folgen davon sind neben stetem Wechsel Hader und Streit unter der Arbeiterschaft.

Erst man heute mittags in den Maschinenraum einer Papierfabrik und sieht den Arbeitern an der Papiermaschine zu, wenn sie gerade beim Anfahren sind, so kann man das Hasten und Jagen nach den paar Pfennigen Prämie an deutlichsten sehen. Beim Anfahren werden alle Vorsichtsmassregeln außer acht gelassen; kaum ist der Ritz in der Maschine, die letzte Walse noch nicht eingelegt, so wird schon wieder mit Wasserdampf losgerastelt; das Mittagessen bleibt stehen und wird kalt. Der erste Wogen ist noch an der Presse, da hängt der Maschinenführer auch schon zentnergewichte an den Negativator der Dampfmaschine, um den Stillstand wieder herbeizubringen. Ist die Maschine hatwegs bis 1 oder 2 Uhr im Gang, dann erst darf der Arbeiter an der Papiermaschine an sein Eigen denken. Er darf aber nicht allzulange dazu brauchen, denn das Papier hat von jeher eine verdammt Neigung zum Reißen und läßt niemals allein wieder auf die Rollen. Ist der Tag oder die Nacht zu Ende und hat die eine Schicht 100 Pilo mehr geschafft als die andre, so werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dieses Quantum zu überholen.

So fördert das Prämienystem Konkurrenz und Uneinigkeit unter den Arbeitern zum Gaudium der Unternehmer. Die traurigste Folge des Prämienystems aber ist die geradezu beispiellose niedrige Bemessung des festen Lohnes in den Papierfabriken. Neben lächerlich niedrigen Stundenlöhnen erfolgen oft noch indirekte Entschüpfungen dadurch, daß den Maschinenarbeitern nur 10 oder 11 Stunden täglich berechnet werden, obwohl sie 12 Stunden ununterbrochen schaffen müssen.

Während nun heute die flandrischen, finnischen und amerikanischen Papierarbeiter sich Organisationen geschaffen haben, die mit bewährten Mitteln aufzukommen können, haben wir deutschen Papierer bank dieses Systems es noch nicht weiter gebracht, als mit beschränkten Kruten zu warten, bis die Strüder und Erhalter der Prämienwirtschaft wieder auf eine neue Weise konnten, um uns um unsern sauren verdienten Lohn zu bringen.

Darum, Kollegen, nehmen wir uns ein Beispiel an unsere Kollegen im Auslande, z. B. an den finnischen Kollegen, welche jetzt in hartem Streit mit dem Unternehmertum stehen, weil diese die





## Aus der chemischen Industrie.

### Elektrizitätssteuer und chemische Arbeiter.

Werden die Kapitalisten mit einfachen Steuererzuten geschlagen, so wird die Arbeiterschaft mit doppelten Ruten geschlagen. Sie muß durch die Verbrauchssteuern im Deutschen Reich den allergrößten Teil der Staatseinnahmen aufbringen, aber sie wird beinahe ebenso direkt betroffen durch die Abgaben, die man dem kapitalistischen Unternehmer auferlegt. Dieser hält sich nämlich immer zu allererst an „seinen“ Arbeitern schadlos. Er setzt ihre Löhne herunter und sperrt sich gegen Lohnzulagen; er verlängert die Arbeitszeit oder verkürzt sie nicht trotz erheblichen technischen Fortschritten, er entläßt Arbeiter und verlangt von den Gebliebenen doppelte Leistungen mit Hilfe sinnreich ausgeklügelter Lohnsysteme — kurz, der Unternehmer hat tausenderlei Möglichkeiten, seine Lasten nach unten abzuwälzen, während die Arbeiterschaft als unterste Schicht der leichten und überlasteten Träger aller Steuern und Abgaben bleibt. Das drückt dann natürlich schwer auf Lebenshaltung und Willenskraft der Arbeiter. Ihre Lebenshaltung wird noch mehr verschlechtert, ihre Willenskraft noch mehr geschwächt durch die Laster, die der Kapitalist auf sie abwälzt. Das ist für den Kampf der Proletarier um ihre Arbeitsbedingungen sehr verhängnisvoll. Sie werden noch mutloser und gleichgültiger, als sie ohnedies schon sind, und am Ende erreicht der Unternehmer durch seine Abwälzung nicht bloß den direkten Vorteil, daß er nicht mehr oder wenigstens nicht allein mehr zahlt, sondern auch den indirekten Nutzen, daß ihm „seine“ Lohnsklaven noch schwächer und mutloser im Lohnkampfe gegenüberstehen.

Schon aus diesen gewerkschaftlichen Gründen haben die Arbeiter im Allgemeinen alle Urjahe, Fabrikationssteuern, die der Staat statt der Einkommens- und Vermögenssteuern einführen will, zu bekämpfen. Die Tabakarbeiter tun dies jetzt aus solchen Gründen, indem sie sich auch in Gegenden, wo bisher fast keine Teilnahme an Berufskämpfen herrschte, ganz energisch gegen die geplante Tabaksteuer wehren. Aber die chemischen Arbeiter haben ein ganz ähnliches Interesse daran, daß eine andere der geplanten Reichssteuern nicht zur Einführung gelangt. Wir nennen die Steuer auf Elektrizität, die für gewisse Branchen der chemischen Industrie nicht viel anders ist, als eine Fabrikationssteuer mit allen ihren verhängnisvollen Folgen für die Arbeiter. Insofern nämlich, als die Elektrizität nicht nur motorische Kraft auch für die chemische Industrie ist, die bösen Transmissionsmissionen in Wegfall bringt und Sicherheit wie Hygiene in den Betrieben verbessert, sondern vor allem auch insofern, als die Elektrizität Fabrikationshilfsstoffe großer chemischer Betriebe ist. So beruht die Bromindustrie auf der Bearbeitung der Rückstandsflügel der Kaliumindustrie durch Elektrolyse. Von den Herstellungskosten des Broms entfällt nach den Unternehmerangaben vielleicht die Hälfte auf die Kosten für verbrauchte Elektrizität. Führt Deutschland die Elektrizitätssteuer ein, Amerika aber nicht, so gerät die deutsche Bromindustrie auf dem Weltmarkt vermutlich um so mehr ins Hintertreffen, als Amerika durch hohe Zölle die Bromimporte fast verhindert. Ähnlich wird das zur Herstellung von Kaliumdichromat nötige Karbid mittels Elektrizität aus Braunkohle gewonnen. Die Gesellschaft für Stickstoffdünger betreibt auf Grund dieses Verfahrens eine Karbidfabrik bei Köln. Neuestens will das chemische Kapital, zunächst in Norwegen, dann aber auch in Oberbayern und sonst in Deutschland durch elektrische Verbrennung der Luft mittels starker Lichtbogen künstlichen Salpeters herstellen. Auch für die Lebensmittelversorgung Deutschlands und Europas kann diese Industrie einst sehr wichtig werden. Besteuert

man aber, wie es jetzt das arme Deutsche Reich will, die Elektrizität, so verteuert man die Fabrikation, hält den Fortschritt auf und reizt die Kapitalisten zu Abwälzungen, Lohnbrüderereien und schließlich zu Entlassungen.

Deshalb tragen wir gar keine Bedenken, den chemischen Kollegen allerorten die lebhafteste Unterstützung der Eingabe gegen die Elektrizitätssteuer zu empfehlen, die der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands an den Reichstag gerichtet hat und die wir durch den Abdruck im Unternehmerorgan kennen lernen. Da heißt es auch von unserm Standpunkt aus ganz richtig: „Es liegt auf der Hand, daß in den elektro-chemischen Betrieben, weil hier für die chemischen Prozesse ohnehin eine elektrische Anlage notwendig ist, auch sowohl das Licht wie die mechanische Kraft stets auf elektrischem Wege beschafft wird. Es wird also nicht nur wie in andern Fabriken, dieser Energieanteil mit 5 Prozent des Wertes versteuert, sondern auch noch derjenige, der in chemische Energie umgewandelt wird. Während nun aber jener Anteil im Verhältnis zum Wert der Erzeugnisse in immerhin beschränkten Grenzen bleibt, bildet der elektro-chemische stets einen ganz wesentlichen Teil der Darstellungskosten der auf diesem Wege hergestellten Produkte, und zwar bis zu 50 Prozent dieser Kosten. Auch hier trifft also wieder zu, daß von allen chemischen Fabriken eine zufällige Anzahl herausgegriffen wird, die lediglich, weil sie elektrische Energie als Rohstoff für gewisse Produkte gebraucht, zu einer enormen Steuer herangezogen werden soll, die die Herstellungskosten gewaltig erhöht, während alle andern steuerfrei bleiben, obwohl sie zum Teil ganz dieselben Stoffe fabrizieren, nur nach einer Methode, die zufällig keine elektro-chemische ist. Mit ganz demselben Rechte könnte man auf die Idee kommen, irgend einen andern Rohstoff herauszugreifen, z. B. alle chemischen Fabriken mit einer hohen Steuer zu belegen, welche Schwefelsäure oder Soda unter ihren Rohstoffen verwenden. Hier liegt in der Tat eine Sonderbesteuerung vor, die zu den schlimmsten Konsequenzen führt. Diese schreiende Ungerechtigkeit tritt aber auch noch nach andern Richtungen hervor. Da die Steuer von den Selbstkosten des Stromes erhoben wird, so steigt und fällt sie mit diesen. Nun sind beispielsweise die Stromkosten für eine etwa in der Nähe von Frankfurt a. M. gelegene Fabrik, welche westfälische Steinkohle zur Stromerzeugung benutzt, viermal so hoch, wie am Oberrhein, wo Wasserkraft verwendet wird. Ungerechter aber kann man sich eine Steuerverteilung nicht vorstellen, als diese, bei der der Fabrikant, der durch seine Lage ohnehin den teuersten Strom und deshalb den geringsten Gewinn hat, auch noch die höchste Steuer bezahlen muß, und zwar viermal so hoch wie der, dem der Strom nur den vierten Teil kostet. Dasjenige Werk, welches nicht in der günstigen Lage ist, über eine der in Deutschland so beschränkten Wasserkraft zu verfügen, und nur schwierig seine Konkurrenzfähigkeit aufrecht erhalten kann, wird bei sonst ganz gleichmäßigem Betriebe mit der höchsten Steuer belegt. Man könnte nun meinen, daß es sich bei den von dieser hohen Sondersteuer betroffenen Fabriken um solche Produkte handelte, welche an sich große Gewinne abwerfen. Aber auch dies ist keineswegs der Fall, die Steuer trifft vielmehr Fabrikate, welche, wie Chloralkali, Brom, künstliche Soda, Natrium, Phosphor, Karbid, Kaliumdichromat, Aluminium und andre aus billigen Rohstoffen, wie Kochsalz, Chlor- und Bromkalium, phosphorhaltigem Calcium, Kohle, Kalkstein, Thonerde hergestellt werden, die überall zu haben sind, bei deren Herstellung daher die elektrische Energie die wesentlichste Ausgabe ist, und deren Preis auf dem Weltmarkt bestimmt wird, da sie überall, wo elektrische Energie vorhanden ist, fabriziert werden können.“

In der Tat gehören die oben aufgezählten chemischen

Fabrikate zu den Hauptexportartikeln Deutschlands für den Weltmarkt. Wird ihre Herstellung steuerlich belastet, so vermindert sich entweder die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt oder der soziale Druck der Unternehmer auf die chemischen Arbeiter im Inlande wird noch stärker und erbarmungsloser.

Die Urheber der Eingabe beim Reichstage sind unsere schärfsten sozialen Gegner. Sie haben deshalb auch unsere Arbeiterorganisation gar nicht in Kenntnis von ihrer Petition gesetzt und gar nicht versucht, uns zur Unterstützung derselben anzugehen. Desto entschiedener stellen wir uns aus eigenem freien Entschlusse in diesem Falle hinter die Forderungen des Unternehmervereins, der Ablehnung der Elektrizitätssteuer vom Reichstage erbittet. Es zeigt sich, daß die organisierte Arbeiterschaft aus wohlüberlegtem Eigeninteresse nicht so engherzig sein kann und so fein braucht, wie unsere Kapitalisten. Unsere Kapitalisten würden niemals eine von uns Arbeitern an die Gesetzgebung gestellte Forderung unterstützen. Wir aber, die verleumdeten „Hecker“ und „Zerstörer“, können und wollen in solchen Fällen nur auf Kraft hinter berechtigten Forderungen unserer Unternehmer mitgehen, weil unser Gesichtskreis weiter ist und unsere Interessen nicht so egoistische sind, wie bei den Kapitalisten. Der Kapitalist ist stets gegen jedes Arbeiterinteresse, der aufgeklärte Arbeiter aber kann Unternehmer- und Fabrikationsinteressen unterstützen, soweit sie innerhalb der fortschrittlichen und kulturellen Entwicklung liegen. Es liegt aber nicht im Interesse der kulturellen Entwicklung, daß der industrielle und technische Fortschritt durch Besteuerung von Rohstoffen und Produktionskräften erschwert und belastet wird. Zumal, wenn durch diese Besteuerung die Macht einer so rückständigen Klasse, wie die der preussischen Junker, erhalten und gestärkt werden soll. Deshalb rufen wir auch als proletarische Organisation alle chemischen Arbeiter Deutschlands auf, diesmal die Unternehmerforderung zu unterstützen:

Fort mit der geplanten Elektrizitätssteuer!

### Die empfindliche Bourgeoisie und die unempfindlichen Arbeiter.

An zwei Beispielen läßt sich wieder einmal nachweisen, wie empfindlich die „bessere“ Gesellschaft ist, sobald es sich um die Verlägung ihrer werten Alimungs- und Berufsorgane durch chemische Dämpfe handelt, wie unempfindlich aber die Arbeiter sein sollen, die an der Entstehungsquelle solcher Dämpfe schaffen. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat kürzlich einer chemischen Fabrik bei Homburg im Taunus das Recht zugesprochen, die schöne Gegend weiter zu verpestet, obgleich sich die Homburger Kurverwaltung bis in jene oberste Instanz bemüht hatte, die Untragbarkeit der Fabrikationsdämpfe zu beweisen. Zur Zeit 1906 verpörrten Spaziergänger in den Homburger Kuranlagen eigentümliche, widerwärtige und elektrisierende Gerüche, die der Volksmund alsbald recht bezeichnend „Kagenduft“ nannte. Es stellte sich heraus, daß die nördlich von Homburg zwischen Kirchorf und Friedrichsdorf liegende chemische Fabrik begonnen hatte, Sulfonal (das Schlafmittel) zu fabrizieren, das durch Behandlung von Merkaplan mit übermanganäurem Kali gewonnen wird. Die Merkaplane sind Sulfhydrat und haben einen höchst widerlichen, dem Schwefelwasserstoff nachelommenden Geruch, da sie Produkte der Gärungsaktion sind; sie verdampfen bereits bei 36 Grad und die Gase sind so flüchtig, daß selbst geringe Mengen ganze Gegenden verpesten. Aus diesem Grunde waren jeherzeit die Bayerischen Fabriken in Bamern und Oberfeld gezwungen worden, die Merkaplanfabrikation in die Lüneburger Heide zu verlegen. Was in diesen Gegenden möglich war, konnte aber in Homburg nicht erreicht werden, hauptsächlich wohl deshalb, weil die Firma Woffen eine sehr weitgehende Konzeption besitzt, die ihr gestattet, alles mögliche zu fabrizieren. Allerdings steht in dieser wichtigen Urkunde der Passus, daß „unatembare Gase“ nicht verbreitet werden dürfen. Aber was sind unatembare Gase? Der Nachweis, daß ein Homburger am „Kagenduft“ der Fabrik den Tod oder schweres Siechtum erlitten hat, konnte nicht erbracht werden. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als auf gutlichem Wege zu einer Verpörrung zu gelangen, was auch gelingen wird, wenn die empfindliche Bourgeoisie der Firma nur

## Charles Darwin.

Ein Umstürzer im Reiche der Naturwissenschaft feierte in diesen Tagen seinen 100. Geburtstag. Charles Darwin wurde am 12. Februar 1809 in Shrewsbury als Sohn eines Arztes geboren, er studierte von 1825—1831 zuerst Medizin, dann Naturwissenschaft, besonders Zoologie und Botanik. Im Jahre 1831 schloß er sich einer Expedition an, mit der er Brasilien, die Westküste Südamerikas und die Inseln der Südsee besuchte. Im Jahre 1836 kehrte er zurück und lebte, nachdem er sich in den ersten Jahren nach seiner Rückkehr durch mehrere zoologische Arbeiten, namentlich aber durch seine Beschreibungen eines Mannes gemacht hatte, von 1842 an auf seinem Landgute Down in Kent, bis zu seinem im Jahre 1882 erfolgten Tode. Seinen wissenschaftlichen Ruf begründete Darwin durch das im Jahre 1859 veröffentlichte Werk über die „Entstehung der Arten“. Man kann mit Recht sagen, daß seit dem Erscheinen dieses Buchs eine neue Epoche der Naturwissenschaft datiert. Es war noch nicht sehr lange her, da galt es noch für arge Ketzerei, den Geheimnissen des Weltbaus und des Lebens nachzuspüren; das Christentum hatte für diese Fragen eine scheinbar nie versagende Antwort — Gott! Selbst jene überragenden Geistesdenkmalen der griechischen Philosophie, deren Träger in bewundernswürdiger Höhe den Gedankenflug den letzten Geheimnissen der Natur nachforschten, wurden unter dem Schutt christlicher Dogmatik begraben. Heraklit, der das ganze Kosmos vom ewigen Werden in die zwei Worte zusammenfaßt: Alles fließt, Demokrit, dessen Atomlehre noch heute Bewunderung einflößen muß, Empedokles, der schon lehrte, daß die Natur das Nützliche und Lebensfähige auswähle, das Ungeeignete aber zugrunde gehen lasse, sie alle wurden vergessen und verbannt, und wenn nicht ein „heidnisches“ Volk, die Araber, den köstlichen Schatz bewahrt hätten, so würden uns heute diese Zeugen einer herrlichen Vergangenheit fehlen.

Erst nach der Zersplitterung des Christentums durch die Reformation wurden der wissenschaftlichen Forschung die Zügel etwas gelockert. Nachdem Kopernikus, Kepler, Newton usw. im 16. und 17. Jahrhundert den Weltkreis durchforscht, durch den Sturm der geozentrischen Lehre (der Lehre, daß die Erde im Mittelpunkt der Welt liegt) die Bibel zagen gestraft, und durch den Nachweis, daß die Himmel genannte kugelförmige Himmelskörper, die unsere Erde einschließen sollte, nur in der Einbildung besteht, den Herrgott wohnungslos gemacht hatten, wurden im 18. Jahrhundert auch die Lehren einer Unterwerfung unterworfen. Diese Unterwerfung mußte folgerichtig mit einer Klassifizierung, einer Einteilung nach Arten, Gruppen und Gattungen beginnen.

Der Engländer John Ray (gest. 1705) versuchte zuerst, den Begriff der „Art“ festzulegen, um eine Einteilung und Bearbeitung des Stoffes zu ermöglichen. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts

berühmte dann Karl von Linné (1707—1778) sein bahnbrechendes Werk über die Klassen der Pflanzen. Linné war strenggläubiger Christ und fest davon überzeugt, daß alle Arten Tiere und Pflanzen unveränderlich sind und von Gott erschaffen sind. In dieser Ueberzeugung ritt er aber bald die Gefahren. Mächte schon die Einteilung der Pflanzen ungemeine Schwierigkeiten, so wurden die Systematiker bald ratlos, als die Paläontologie (Forschungen im vorweltlichen Gestein) immer neue versteinerte Lebewesen ermittelte und damit den Nachweis erbrachte, daß die Erde in früheren Zeiten Pflanzen und Tiere getragen hat, die heute nicht mehr zu finden sind. Aus dieser Verlegenheit wollte George Cuvier (1769 bis 1832) herausheilen. Er stellte die sogen. Katastrophentheorie (auch Katastrophentheorie genannt) auf. Nach dieser Theorie sind über die Erde wiederholt große Katastrophen hereingebrochen, die eine Vernichtung aller bestehenden Lebewesen herbeiführten. Die letzte dieser Katastrophen war die in der Bibel geschilderte Sintflut. Die Versteinerungen sind die Reste der bei diesen Katastrophen vernichteten Lebewesen. Nach jedem Vernichtungsalte aber habe Gott eine höher organisierte Lebewelt geschaffen. Gestützt wurde diese Theorie Cuviers dadurch, daß man bis dahin weder einen versteinerten Menschen, noch auch nur einen versteinerten Affen gefunden hatte. (Erst im Jahre 1832, dem Todesjahre Cuviers, wurden solche Ueberreste in den Höhlen von Engis bei Lüttich gefunden.) Lange befriedigte die Theorie Cuviers nicht. Mehr und mehr griff die Ueberzeugung Platz, daß die unzähligen Arten und Spezies Glieder einer Kette sind, daß zwischen niedrig und hoch organisierten Pflanzen und Tieren ein Zusammenhang besteht, daß das höher organisierte sich aus dem Niederen heraus und heraus entwickelt hat, kurz, daß das ganze organische Leben eine einzige große Entwicklung darstellt.

In demselben Augenblick, wo diese Ueberzeugung durchdrang, mußte natürlich auch die Frage aufstehen: Welches ist die treibende Kraft dieser Entwicklung? Die Beantwortung dieser Frage versuchte der französische Forscher de Lamarck (1744—1829). Lamarck ging von der Tatsache aus, daß alles Lebende auf äußere Reize reagiert. Werden nun auf bestimmte Teile einer Pflanze oder eines Lebewesen Körpers dauernd bestimmte Reize ausgeübt, kann dadurch eine Veränderung dieser Teile herbeigeführt werden. Das bekannteste, allerdings nicht förmlich gültig gewählte Beispiel, das Lamarck für seine Theorie aufzählt, ist die Bildung des langen Halses der Giraffe. Er sagt: Die Giraffe hat ursprünglich einen ebenso normalen Hals gehabt, wie die übrigen Säugetiere. Durch besondere Umstände, vielleicht durch Vernichtung des Grases, wurde sie gezwungen, die Blätter der Mimosenbäume abzupflücken. Dazu mußte sie ihren Hals ausrecken. Durch diese starke Inanspruchnahme wurde die Blutzufuhr nach dem Hals verstärkt, Gewebe und Muskulatur besser ernährt und damit das Wachstum befördert. Der so verstärkte Hals

vererbte sich, bei den Nachkommen blieben die gleichen Lebensbedingungen bestehen, das Wachstum des Halses wurde weiter gefördert, und so entwickelte sich in Jahrtausenden der lange Hals. Lamarck wurde jeherzeit verachtet und später vergessen — heute geht die Naturwissenschaft vielfach auf ihn zurück.

Das war in großen Umfängen der Stand der Dinge bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Im November des Jahres 1859 veröffentlichte dann Charles Darwin sein Werk „Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder die Erhaltung der begünstigten Klassen im Kampf ums Dasein“. Schon der Titel kennzeichnet kurz den Inhalt. Was Darwin unter dem „Kampf ums Dasein“ versteht, sagt er klar in der Einleitung; wir lesen deshalb seine diesbezüglichen Ausführungen hierher:

„Jedes Wesen muß während einer Periode seines Lebens, oder zu einer gewissen Jahreszeit, oder gelegentlich einmal in einem Jahre vernichtet werden, sonst würde seine Zahl zufolge der geometrischen Zunahme rasch zu so außerordentlicher Größe anwachsen, daß kein Land das Erzeugte zu ernähren imstande wäre. Da also mehr Individuen erzeugt werden, als möglichweise fortleben können, so muß in jedem Falle ein Kampf um die Existenz eintreten, entweder zwischen den Individuen einer Art, oder zwischen denen verschiedener Arten oder zwischen ihnen und den äußeren Lebensbedingungen. Es ist die Lehre von Malthus, angewandt auf das gesamte Tier- und Pflanzenreich. Selbst der Mensch, welcher sich doch nur langsam vermehrt, verdoppelt seine Anzahl in 25 Jahren, und bei so fortwährender Vermehrung würde die Erde schon in weniger als 1000 Jahren buchstäblich keinen Raum für seine Nachkommenschaft haben.“

Judirekt hatte allerdings schon Lamarck den Kampf ums Dasein als artbildenden Faktor bewertet. Denn die Giraffe in dem oben angezogenen Beispiel hat ihren langen Hals ja auch im Kampf ums Dasein erworben. Aber schon der Titel des Darwinischen Werkes zeigt den grundsätzlichen Unterschied. Für Lamarck ist der Kampf ums Dasein ein positiver, für Darwin ein negativer Faktor; bei Lamarck werden in diesem Kampf neue, zweckmäßige Eigenschaften erworben, bei Darwin werden unweckmäßige vernichtet und zweckmäßige erhalten. Natürlich erhebt sich hier sofort die Frage: Wie entstehen denn die neuen Eigenschaften, die der Kampf erhalten soll? Darauf antwortet Darwin: Kein Exemplar einer höheren Pflanze oder eines höheren Lebewesens ist einem andern Exemplar derselben Art oder Gattung vollständig gleich. Es wird weder zwei Weizen, noch zwei Tauben, noch gar zwei Menschen geben, die nicht bei genauer Betrachtung durch irgend ein Merkmal zu unterscheiden wären.

Die Taubfrösche sind alle grün, aber man vergleiche ein Dutzend miteinander, und man wird die verschiedensten Variationen von grün finden. Diese Unterschiede nun, die vielfach durch Zufall entstanden

